

Rede vom 16.12.2003

Thema: Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion  
Dieter Lüddecke zum Haushalt 2004



## I. Allgemeines

Der vorliegende Haushalt ist gekennzeichnet durch ein Defizit von ca. 100 Mio. € im Verwaltungshaushalt und 55 Mio. € reale Investitionen im Vermögenshaushalt. Umgekehrt wäre es richtiger gewesen. Das Zitat des Fraktionsvorsitzenden der Grünen in der HAZ »99,5 % der Ausgaben im Verwaltungshaushalt seien gesetzlich vorgegeben« ist falsch. Das weiß jeder von uns, denn das Regionengesetz gibt uns zwar vor, Wirtschaftsförderung zu betreiben, aber nicht in welcher Form und mit welchen Ausgaben. Das Regionengesetz verpflichtet uns zwar, den ÖPNV zu betreiben, sagt aber nichts über die Höhe der Finanzierung. Ich könnte dies für viele andere Pflichtaufgaben so fortsetzen. Das heißt, dass die Politik zur Zeit noch einen gewissen Spielraum im Haushalt verfügbar hat. Wenn wir allerdings den Haushalt 2004 in der vorliegenden Form verabschieden, dann wird uns dieser Handlungsspielraum in kürzester Zeit genommen werden. Da hilft auch keine noch so geartete Gemeindefinanzreform. Schulden in solch unverantwortlicher Höhe im Verwaltungshaushalt eines einzigen Jahres müssen die verantworten, die solches heute beschließen. Dies Problem kann man nicht mehr auf die schlechte Wirtschaftslage in Deutschland oder auf andere abwälzen, das ist dann hausgemacht.

Was verlangen die Gesetze nun wirklich von uns, zum Beispiel das Haushaltsgesetz? Ausgeglichener Verwaltungshaushalt – Kreditaufnahme ja, aber nur für Investitionen im Vermögenshaushalt. Das ist die gesetzliche Grundlage. Nun will ich nicht behaupten, man könne den Verwaltungshaushalt 2004 der Region in der augenblicklichen Lage ausgleichen. Aber mögliche Sparpotentiale auszuschöpfen, das wäre die Pflicht aller Fraktionen in den Beratungen der letzten Wochen gewesen. Nichts von dem ist heute in dieser Vorlage erkennbar.

Meine Damen und Herren, sparen im Verwaltungshaushalt heißt, den Bürgerinnen und Bürgern die Wahrheit sagen! Nämlich die Wahrheit, dass in der augenblicklichen Haushaltslage viele Wünsche nicht mehr erfüllbar sind, auch gegen die Proteste mancher Interessensgruppen. Dazu gehört allerdings eine mutige Politik und vor allem mutige Politikerinnen und Politiker, die das nach außen transportieren. Solche Ansätze haben wir in den Beratungen der letzten Wochen und in Ihren Pressemitteilungen, meine Damen und Herren von der Mehrheitsgruppe, nicht einmal im Ansatz wahrnehmen können.

Wie man das anders gestalten kann, haben die neue Landesregierung und die neue Mehrheit im Landtag bewiesen. Während die alte Landesregierung jährlich hohe Defizite produzierte und damit einen unvorstellbaren Schuldenberg auftürmte, versucht die neue Landesregierung durch eine eiserne Sparpolitik im konsumtiven Bereich einerseits und Investitionen in die Infrastruktur sowie wirtschaftsnahe Forschung andererseits dies wieder auszugleichen, auch gegen alle Proteste von ver.di und einzelner Studentengruppen. Der Erfolg ist bereits nach einem halben Jahr abzulesen. Lag Niedersachsen im Ranking der westdeutschen Flächenländer bei zu Grunde legen verschiedener Wirtschaftsindikatoren noch im vergangenen Jahr an letzter Stelle, so war es im November 2003 nach einer Veröffentlichung der Wirtschaftsinstitute das einzige Bundesland, das keine Zunahme der Arbeitslosigkeit, sondern eine Abnahme der Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen hatte. Die Wirtschaft hat wieder Vertrauen in die Landesregierung gefasst, investiert in Niedersachsen und wir haben die Chance, den Abstand zu den süddeutschen Bundesländern zu verringern oder

sogar aufzuschließen. Genau das hätte ich mir für die Region Hannover gewünscht und ein anderer Haushalt 2004 als dieser hätte dafür die Grundlage sein können. Stattdessen versuchen Sie, jede einzelne Ihrer Klientelgruppen zu bedienen. Das wird spätestens in drei oder vier Jahren in einem Haushaltsfiasko enden.

## 2. Wirtschaftsförderung

Meine Damen und Herren, ich will exemplarisch nur an einigen wenigen Beispielen erläutern, wie wir uns einen anderen Haushalt vorgestellt hätten und darf mit der Wirtschaftsförderung beginnen. Die Region Hannover hat beste Voraussetzungen für einen erstklassigen Wirtschaftsstandort in Deutschland. Sowohl die hervorragende Verkehrsinfrastruktur als auch der Welt größte Messen in Hannover sollten Garant für die Ansiedlung neuer Firmen und Wirtschaftswachstum sein. Wir erleben allerdings das Gegenteil. Wenn von 300 hoch qualifizierten Doktoranten, die ständig im Laserzentrum arbeiten, nach der Promotion die eine Hälfte ins Ausland und die andere Hälfte nach Süddeutschland geht, dann ist irgendetwas faul am Wirtschaftsstandort Hannover. Wir bilden zwar gut aus, nicht nur am Laserzentrum, aber niemand ist geneigt, sich hier anzusiedeln. Dazu gehört nämlich ein entsprechendes Wirtschaftsklima, das u. a. auch die Wirtschaftsförderung schaffen soll. Stattdessen entwickelt der zuständige Dezernent mit rot-grüner Hilfe ein neues Konzept mit der Überschrift »Beschäftigungsförderung in der Region Hannover«, das diesen Namen nun wirklich nicht verdient. Anstatt mit den vorhandenen Institutionen der Wirtschaft zu kooperieren und das Konzept mit den Unternehmerverbänden und den Kammern abzustimmen, schafft man eigene mit Steuermitteln subventionierte Einrichtungen, die in Konkurrenz zur Wirtschaft stehen und auf den erbitterten Widerstand der Kammern und Verbände stoßen. Wie sollen da neue Arbeitsplätze entstehen? Mit der Neuordnung der Wirtschaftsförderung in der Region Hannover hätten wir die Chance einer wirtschaftsnahen Ansiedlungspolitik gehabt. So hat man alle, für die man vorgibt Wirtschaftsförderung zu betreiben, verprellt. Dafür setzt die Region über 5 Mio. € im Verwaltungshaushalt ein. Wir haben vorgeschlagen, diese Mittel um ca. 1,5 Mio. € zu kürzen, ohne die Effizienz der Wirtschaftsförderung zu beeinträchtigen. Das wären 30 % Einsparungen in diesem Haushaltstitel gewesen. Ich will dies im einzelnen begründen:

1. Für die HRB lag ein Privatisierungskonzept vor, das die Verwaltung ablehnte. Stattdessen wird diese Gesellschaft mit Zuschüssen aus unserem Haushalt weitergeführt und Teile des Personals werden in den FB 80 der Verwaltung überführt. Sparmöglichkeiten nicht genutzt.

2. Die TCH GmbH wird ihre Tochter Vision Connect verkaufen (mit Unterstützung der FDP-Fraktion), die Aufgaben reduzieren und dennoch wird der Zuschuss der Region mehr als verdoppelt. Das verstehe wer will.

3. EIH wird aufgelöst. Richtig! Aber das gesamte Personal einschl. der zentralen Dienste, die man mit der Auflösung ja eigentlich sparen wollte, wird in die TCH GmbH überführt. Einspareffekt gleich null.

4. Die viel zu hohen Mietkosten im Haus der Wirtschaft, eine Hinterlassenschaft des KGH, belasten über Gebühr den Haushalt der Region. Würde das eigene Personal nicht aufgestockt sondern vermindert, könnten bei gutem Willen mindestens ein Bereich an Fremde untervermietet werden und so zumindest ein Teil der völlig überbezahlten Miete kompensiert werden.

5. Bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben haben wir radikale Kürzungen vorgeschlagen. Es ist nicht einzusehen, dass hier teure Hochglanzbroschüren oder umfangreiche Studien finanziert werden, ohne das hierfür eine zwingende Notwendigkeit besteht oder dies der Wirtschaftsförderung hilft.

Meine Damen und Herren, wenn wir derartige Kürzungen auf andere Bereiche übertragen würden, könnten wir ganz schnell zu erheblichen Einsparungen im Verwaltungshaushalt kommen. Selbst wenn wir die 650 Mio. € des Sozialanteils einschl. Jugendhilfe im Verwaltungshaushalt unangetastet ließen und die restlichen 350 Mio. € nicht um 30 % wie hier aufgezeigt sondern durchschnittlich nur um 20 % kürzen würden,

hätten wir Einsparungen von 70 Mio. € im Verwaltungshaushalt. Das wäre möglich und hätte eine Signalwirkung nach außen.

Das einzig Positive am Einzelplan 7 sehen wir in der Unterstützung des Hannover Projekts. Es ist die letzte Möglichkeit, das vorhandene Wirtschaftspotential der Region zu stärken, den Strukturwandel voranzubringen und Wachstum und damit Arbeitsplätze zu generieren. Ich hoffe nur, dass das gut aufgestellte Team von hannoverimpuls weder durch Eingriffe rot-grüner Politik noch durch die eigenwillige herkömmliche Wirtschaftsförderung, die im wesentlichen auf Besitzstandswahrung aus alten KGH-Zeiten bedacht ist, an ihrer Arbeit gehindert wird.

### 3. Verkehr

Meine Damen und Herren, ähnliches gilt für den ÖPNV. Mit der EXPO 2000 hat die Region Hannover mit Milliarden-DM-Unterstützung aus dem Bundeshaushalt ein ÖPNV-Netz erhalten, um das uns andere Regionen in Niedersachsen beneiden. Hierauf kann man zunächst einmal stolz sein. Dann sollte es in den ersten 10 Jahren nach der EXPO möglich sein, auf weitere teure Ausbaustrecken der Stadtbahn zu verzichten und das auch öffentlich zu vertreten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an Hemmingen! Das betrifft den Vermögenshaushalt.

Die im Verwaltungshaushalt zu Buche schlagenden Beträge für bestellte Verkehrsleistungen gehören auf den Prüfstand. Deshalb begrüßt die FDP-Fraktion die Bildung eines Unterausschusses, der genau diese Verkehrsleistungen untersuchen soll. Nur das Ergebnis ist bisher dürftig. Hier fehlt Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von rot-grün, wiederum der Mut, wirksame Kürzungen zu beschließen und nach außen zu vertreten. Die bisherigen Ergebnisse jedenfalls haben mehr eine Alibi-Funktion als das sie einen solchen Unterausschuss rechtfertigen. Uns bleibt nur die Hoffnung auf weitergehende Beschlüsse im nächsten Jahr.

An dieser Stelle darf nicht unerwähnt bleiben, dass alle Anstrengungen beim ÖPNV-Haushalt verpuffen würden, wenn es nicht gleichzeitig der üstra als Unternehmen gelingt, ihre Finanzen so in Ordnung zu bringen, dass die Region nicht durch einen ständigen Defizitausgleich in nicht mehr vertretbaren Größenordnungen jährlich zusätzlich belastet würde. Das Verkehrsunternehmen RegioBus zeigt, wie es auch anders geht.

Die Region ist aber nicht nur für den ÖPNV, sondern auch für den Straßenverkehr zuständig. Hier spüren wir die nächste Fehlentscheidung der Verwaltung im Zusammenwirken mit rot-grüner Politik. Die Region besitzt Vermögen, für deren Erhalt und Zustand sie verantwortlich ist: Krankenhäuser, Schulen, Verwaltungsgebäude, einen Zoo und Regionsstraßen. Wenn die Verwaltung für Straßensanierung im laufenden Jahr gar nichts aufwendet, im nächsten Jahr nur auf massiven Druck der FDP- und CDU-Fraktionen nachträglich ein Alibi-Betrag von 150.000 € eingesetzt wird, dann wird die Region dieser Verantwortung nicht gerecht. Straßensanierung muss kontinuierlich betrieben werden, ansonsten werden die Unterhaltungsmaßnahmen in einigen Jahren für die Region nicht mehr bezahlbar. Außerdem gehören solche Ausgaben in den Vermögenshaushalt und können nach Haushaltsrecht auch über Kredite finanziert werden. Regelmäßige Sanierung unserer Straßen haben einen zweiten Effekt. Tiefbauunternehmen leben nicht davon, auf privaten Grundstücken 20 qm Garageneinfahrt zu pflastern, sondern sie existieren von öffentlichen Aufträgen. Wenn wir jetzt über mehrere Jahre unsere Sanierungsmaßnahmen drastisch runterfahren, tragen wir als Region mit dazu bei, dass solche Firmen Personal entlassen oder in die Insolvenz gehen. Das sollte mit berücksichtigt werden, wenn man das vorhandene Geld ausschließlich in den Ausbau des ÖPNV steckt und eine kontinuierliche Unterhaltung der Straßen vernachlässigt.

### 4. Wohnraumförderung

Völlig konträr steht die FDP-Fraktion wie im vergangenen Jahr zur Wohnungspolitik der Mehrheitsgruppe. Bei Einbringung des Haushalts sprach der Regionspräsident noch davon, dass als Konsequenz aus dem Wegfall der Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe die Mittel für die soziale Wohnraumförderung entsprechend geringer veranschlagt werden. Sieht man sich die Haushaltsstellen genauer an, so ist lediglich bei der Eigentumsförderung, einem Steckenpferd von FDP und CDU, gekürzt worden, und zwar drastisch um 80 %! Bei den Darlehen zum Bau von Mietwohnungen wurde der Ansatz von 200.000 € in diesem Jahr um mehr als 100 % auf 550.000 € im nächsten Jahr erhöht. Genau das ist der falsche Weg; wir haben Leerstände bei Mietwohnungen und eine große Nachfrage bei Eigentumswohnungen, besonders für junge Familien. Diese Ihre Entscheidung ist rational nicht nachvollziehbar.

## 5. Krankenhäuser

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht nur kritisieren. Es gibt Bereiche, in denen wir als FDP-Fraktion den Vorschlägen der Verwaltung durchaus folgen. So bei den reduzierten Ansätzen der Naherholung, in der Schulpolitik, in der Jugendhilfe und in weiten Teilen der Sozialpolitik. Ich möchte Sie mit detaillierten Ausführungen hierzu nicht langweilen. Das ist an anderer Stelle bereits gesagt worden.

Lassen Sie mich zum Schluss meiner Einzelbetrachtungen zu einem weiteren bedeutsamen Thema kommen, nämlich zu unseren Krankenhäusern. Die sich abzeichnenden hohen Defizite belasten erheblich den Verwaltungshaushalt der Region. Deshalb müssen strukturelle Änderungen nach Auswertung des BAB-Gutachtens bereits im nächsten Quartal zügig umgesetzt werden. So sehr der Konsens über die Umwandlung in eine neue Rechtsform als GmbH zu begrüßen ist, so sehr wirft uns der Zusatzantrag der rot-grünen Mehrheitsgruppe im Wettbewerb mit anderen Krankenhäusern wieder zurück. Wie Sie wissen gibt es in Hannover nicht nur kommunale Krankenhäuser, sondern auch solche in der Trägerschaft der Diakonie bzw. Caritas. Diese sind aus den BAT-Verträgen ausgestiegen, haben neue leistungsbezogene Arbeitsverträge abgeschlossen und schreiben auch aufgrund weiterer Senkung von Betriebskosten schwarze Zahlen. In diesen Krankenhäusern erleben Sie dennoch hoch motivierte Mitarbeiter und eine hervorragende Patientenversorgung. Ihr Kniefall vor ver.di, meine Damen und Herren von rot-grün, wird die Region in Zukunft teuer zu stehen kommen.

Dass im Vermögenshaushalt endlich Investitionen für das Klinikum vorgesehen sind, nachdem die LHH während ihrer Trägerschaft jahrelang nichts getan hat, begrüßen wir ausdrücklich. Mit den wenigen verfügbaren Mitteln können wir insgesamt nur nach einer klaren Prioritätenfolge Schwerpunkte setzen. Unsere Prioritäten als FDP-Fraktion lauten nach wie vor: Sanierung der Krankenhäuser, der Schulen, der Regionsstraßen und Yukon Bay. Es wäre wünschenswert, wenn wir in Zukunft aufgrund eines sparsameren Verwaltungshaushalts mehr Mittel für solche Sanierungsmaßnahmen wie sie zur Zeit im Nordstadt-Krankenhaus getätigt werden, verfügbar hätten.

## 6. Schlussbetrachtung

Abschließend möchte ich mich im Namen der FDP-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die uns bei der Beratung des Haushalts unterstützt haben, besonders bei der zuständigen Dezernentin Frau Hüppe. Meine Damen und Herren, nachdem die rot-grüne Mehrheitsgruppe alle Änderungsanträge der FDP-Fraktion und die darüber hinausgehenden Sparvorschläge der CDU-Fraktion abgelehnt hat, darf es nicht verwundern, wenn wir dem vorliegenden Haushalt für das Jahr 2004 unsere Zustimmung verweigern. Das allein hat aber nicht den Ausschlag gegeben. Dieser Haushalt mit seinem nicht akzeptablen Defizit im konsumtiven Bereich

ist nicht genehmigungsfähig. Deshalb kann das Urteil über einen solchen Haushalt nur lauten:

1. Sparpotentiale im Verwaltungshaushalt nicht ausgeschöpft!
2. Viel zu geringe Investitionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum Erhalt unserer Infrastruktureinrichtungen!
3. Ein sehr vager Konsolidierungsplan ohne nachhaltige Wirkung!

So verspielt man die finanzielle Handlungsfähigkeit der Region für die nächsten Jahre, denn das Defizit wird sich vervielfachen. Einem solchen Haushalt wird die FDP-Fraktion heute und in Zukunft nicht zustimmen können.

Ich möchte schließen mit einem Zitat des deutschen Dichters Friedrich Hebbel, der vor 150 Jahren folgendes gesagt hat, ich zitiere:

»Wir zehren immer auf Rechnung der Zukunft. Kein Wunder, dass sie Konkurs macht.«

Dies gilt heute, 150 Jahre später, und besonders für diesen Haushalt in gleicher Weise.